

1 EU und Euro am Abgrund, Teil 15

Deutschlands Ökonomen sammeln sich, sie wollen den Euro retten, doch sie haben ein Problem: Der Politik zu dienen und gleichzeitig ihrer Wissenschaft, der Nationalökonomie!

Von Hermann Patzak

1.1 Die Dogmen der Politik und die (Ohn-) Macht der Ökonomen

Wer es in Deutschland wagt, den Dogmen der Politik zu widersprechen, muss damit rechnen, geächtet und gesellschaftlich eliminiert zu werden. Die Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel, Joachim Starbatty, Wilhelm Nölling und der Rechtswissenschaftler Karl Albrecht Schachtschneider, Persönlichkeiten aus der Mitte der gesellschaftlichen Elite, haben diese bittere Erfahrung machen müssen. Angesichts dieser politischen Wirklichkeit muss man sich nicht wundern, wenn kaum ein beamteter Hochschul- oder Universitätslehrer in Deutschland es wagt, die Wertevorgaben der Politik in Frage zu stellen. Jetzt, da die Weltwirtschafts- und Finanzkrise zur Staatskrise mutiert und für die EU und den Euro ein existentielles Risiko geworden ist, hat sich daran nichts geändert.

Die deutschen Ökonomie-Professoren Clemens Fuest, Wolfgang Franz, Martin Hellwig und Hans-Werner Sinn, allesamt national und international angesehene Ökonomen von Rang und Namen, haben die Anfang Mai von der Bundesregierung und dem Bundestag genehmigten EU-Verträge zur Rettung des Euro in ganz ungewohnt scharfer Weise kritisiert. Allerdings gehen sie nicht so weit, den Euro oder gar die EU selbst in Frage zu stellen, obwohl sie in ihrer Analyse das Euro-Regime für die Fehlentwicklungen und entstandenen Schäden verantwortlich machen. Sie wollen den Euro trotzdem retten und haben sich zehn Regeln ausgedacht, wie das zu geschehen habe. Damit wird eines klar, sie sind und verstehen sich nicht als selbständige politische Köpfe, sie stellen nur ihr fachliches Wissen in den Dienst der Politik!

Dieses Fachwissen allein soll uns hier interessieren. Welche Ursachen machen sie für die Euro-Krise verantwortlich und wie wollen sie Fehlentwicklungen in den Griff bekommen und die gemeinsame Euro-Währung trotzdem beibehalten? Zunächst ihre Diagnose der Krisenursachen:

1. „Die aktuelle Krise beruht auf den Schulden- und Finanzproblemen einiger Mitgliedsstaaten. Unter dem Euro **ist es in den Ländern der Euro-Zone zu einer Konvergenz der Zinssätze gekommen**. Noch 1995 mussten die ursprünglichen Mitglieder der Europäischen Währungsunion (außer Deutschland) für ihre Staatsanleihen durchschnittlich 2,6 Prozentpunkte mehr Zinsen bezahlen als Deutschland, einige von ihnen sogar 6 Prozentpunkte mehr. Mit der Einführung des Euro ist dieser Zinsaufschlag fast vollständig verschwunden.“
2. „Es wurde **ein gemeinsamer Kapitalmarkt geschaffen**, der insbesondere den Ländern der südwestlichen Peripherie Europas bis dato ungewohnt günstige Finanzierungsbedingungen beschert hat. Das galt nicht nur für den Staat, sondern auch für private Schuldner. Als Folge **kam es zu einem gewaltigen Kapitalfluss in diese Länder**, der dort einen Bau- und Investitionsboom ermöglichte. Jedoch fehlte es an wirkamen Mechanismen zur Begrenzung der öffentlichen und privaten Schuldenaufnah-

me¹. In vielen Ländern entartete der Bauboom zu einer Spekulationsblase. Das Platzen dieser Blasen bedroht jetzt die Solvenz der Banken.“

3. Und jetzt kommen die Wirtschaftsprofessoren auf die **Folgen für die deutsche Wirtschaft** zu sprechen: „In Deutschland war die Entwicklung umgekehrt. **Die Ersparnisse wurden auf dem Wege über die Banken überwiegend exportiert, nur noch sehr wenig Geld wurde im Inland investiert.** Die Binnenkonjunktur erlahmte, Löhne und Preise stiegen nur noch langsam.“
4. Und die Professoren werden noch deutlicher: „**Den Außenhandelsüberschuss** und den damit verbundenen Verlust an Investitionskapital **als Zeichen der Stärke Deutschlands anzusehen gehört zu den** fast schon tragisch zu nennenden **Denkfehlern des politischen Diskurses.** Deutschlands Nettoinvestitionsquote war im Mittel der Jahre 1995 bis 2008 die niedrigste aller OECD-Länder. **2008 wurden nur 40 Prozent des Sparaufkommens in Deutschland selbst investiert.** Dementsprechend niedrig war das Wirtschaftswachstum. **Für die Jahre 1995 bis 2008 insgesamt lag das reale Wachstum in Deutschland bei 22 Prozent, auf einem der letzten Plätze der OECD.** Portugal etwa verzeichnete 33, Spanien 56, Griechenland 61 und Irland 124 Prozent Wachstum.“

Diese Ursachen-Analyse deckt sich mit Erkenntnissen, die in dieser Untersuchung „Euro und EU am Abgrund“ herausgearbeitet wurden. Die Schlussfolgerungen, die die Wirtschaftsprofessoren ziehen, sind allerdings paradox, um nicht zu sagen schizophren! Sie gehen von der EU und dem Euro als einem von der Politik gesetztem Axiom aus. Sie sagen wörtlich: „*Der Euro ist ein wesentliches Element der europäischen Integration*“. Damit stellen sie ein auf politischen Werturteilen begründetes Ziel (europäische Integration) über ihre Aufgabe als Wirtschaftswissenschaftler, den Menschen den Weg zur bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung zu zeigen. Sie verstehen sich und ihre Aufgabe als Handlanger, die ihr handwerkliches Können in den Dienst der Politik stellen.

Als die EU und der Euro in Europa von den Eliten der Nachkriegspolitik ersonnen wurde, ging man davon aus, dass die Ökonomie das geeignete „Schmiermittel“ sei, den politischen Integrationsprozess der europäischen Länder herbeizuführen. Die Politiker holten sich damals den „Rat und Segen“ der Ökonomen, den diese auch bereitwillig erteilten. Heute aber, da die reale und konkrete Weiterentwicklung eines vagen Konzeptes die Schwächen und Fehler des Systems aufzeigt, sind gerade die Ökonomen gefordert, zu prüfen, ob das Projekt EU und Euro wirklich die ökonomischen Vorteile bringt, die man von dem Projekt erwartet hatte. Und jetzt müsste man nüchtern und sachlich feststellen, dass die EU und der Euro den ökonomisch integrierten Euro-Staaten Probleme gebracht haben, die den freien und souveränen Länder der übrigen Welt erspart geblieben sind. Benennen wir die ökonomischen Probleme nochmals ganz konkret. EU und Euro-Union hatten zur Folge:

- (1) Eine teure Subventionierung der in Europa zurückgebliebenen Volkswirtschaften durch die Netto-Zahlungsländer, bei der insbesondere Deutschland übermäßig „zur Kasse gebeten“ wird.

¹ Die günstigen Finanzierungsbedingungen (niedrige Zinssätze) sind auf den für alle Euro-Länder gleich niedrigen Zinssatz zurückzuführen, denn die EZB kann nicht für Spanien höhere Zinssätze festlegen als für Deutschland!

- (2) Eine Eurodividende (Zinersparnis) infolge der gemeinsamen Euro-Währung, die von den durch die Dividende begünstigten Ländern zu höherer Staats- und Privatverschuldung genutzt wurde.
- (3) Ein unverändertes Austauschverhältnis bei importierten und exportierten Gütern und Leistungen (Terms of Trade) trotz unausgeglichener Handels- und Leistungsbilanzen. Die Bezahlung erfolgte durch Kredite aus den Exportüberschussländern, weshalb sich Wachstumsraten und Wohlstand in diesen Ländern verringerten und die langfristige Arbeitslosigkeit anstieg.
- (4) Eine für alle Euro-Länder einheitliche EZB-Geldpolitik (vor allem der einheitliche Zinssatz) verhinderten die notwendige Differenzierung, wenn Konjunkturzyklen in den verschiedenen europäischen Regionen nicht gleich verlaufen: Eine Zinssteigerung, die einen überschäumenden Bauboom in Spanien z.B. gebremst hätte, hätte die prekäre Konjunkturlage in Frankreich und Deutschland verschlechtert. Woraus sich die allgemeine Erkenntnis ableitet, dass eine aktive Konjunkturbeeinflussung durch die Geldpolitik in einem einheitlichen Währungsgebiet mit unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen unmöglich ist.
- (5) Ohne den Euro hätten sich die heute vom Bankrott bedrohten Euro-Staaten nie so hoch verschulden können. Eine automatische Abwertung der eigenen Währung infolge der mit der hohen Staatsverschuldung einhergehenden Inflation hätte es ihnen unmöglich gemacht, über ihre Verhältnisse zu konsumieren. Diese automatische Marktregulierung durch die Marktkräfte wurde durch die neurotische Integrationspolitik der EU unterlaufen.
- (6) Die betroffenen Euro-Länder können sich aus der Schuldenfalle nicht durch eine Abwertung befreien – wie andere Länder, z.B. USA oder England – es sei denn, sie treten aus der Währungsunion aus. Aber gerade das wollen die fanatisierten EU-Ideologen nicht zulassen, weil für sie das politische Ziel der europäischen Integration absoluten Vorrang hat. Wie sich jetzt zeigt, sogar Vorrang vor der ökonomischen Vernunft hat.

Wenn man diese ökonomischen Gegebenheiten erkennt, was auch die der Politik sich anbietenden Professoren konzedieren müssen, haben die willigen Helfer ein Problem: Wie können sie alle diese durch die EU und den Euro ausgelösten Fehlentwicklungen verhindern, ohne die EU und die Euro-Einheitswährung aufzugeben? Ihre Ratschläge fassen die Professoren in einem Satz zusammen:

„Der EU muss es gelingen, mehr fiskalische Disziplin durchzusetzen“.

Wir wollen prüfen, ob das wirklich so einfach ist, wie sich die Herren das vorstellen.

1.2 Wie der Euro und die EU gerettet werden soll

Die zehn Regeln zur Rettung des Euro lassen sich auf folgende Kernforderungen reduzieren:

1. Die Professoren sehen die Ursache der EU- und Euro-Krise darin, dass es bisher **keine angemessenen Schranken für die öffentliche und private Schuldenaufnahme** gab. Die Banken hatten bis zum Jahr 2008 keine gesonderten Risikoaufschläge von ihren Schuldnern (egal ob Staat, Unternehmen oder Privathaushalt) verlangt, obwohl das Risiko der Schuldentrückzahlung für jedes Land unterschiedlich ist. Erst in der Folge der Wirtschaftskrise hat sich dies geändert, denn von da an seien in den Zinssätzen der Staatsschulden vor allem die unterschiedlich hohen Risikozuschläge wieder einkalku-

liert worden. Dies sei ökonomisch gut und notwendig. Die Rat gebenden Professoren gehen davon aus, dass die Schuldenaufnahme künftig bei höheren Zinskosten wieder sinken werde. Als Folge werde sich auch der Kapitalabfluss aus Deutschland wieder verringern und in Deutschland künftig wieder mehr investiert, wodurch das Wachstum wieder steigen würde.

Die „Euro-Rettungspakete“ waren im Gegensatz dazu kontraproduktiv, weil sie die Gläubiger von ihren Schulden freikaufen, weshalb deren Sorglosigkeit bei der Kreditvergabe weiter anhalte. Die Gläubiger können nämlich davon ausgehen, dass diese solidarischen Rettungsaktionen auch künftig von der EU und den europäischen Staaten organisiert werden. Auch die Ungleichgewichte im Außenhandel und der Kapitalströme würden andauern mit ihren negativen Folgen für das deutsche Wirtschaftswachstum. Am Ende werde die deutsche Bevölkerung irgendwann nicht mehr bereit seien, die Schulden der anderen Länder zu bezahlen. Die Rettungspakete waren deshalb der falsche Weg, sie gefährden den Euro mehr als das sie ihn retten.

2. Doch das sei nun einmal geschehen, das „Kind ist sozusagen ins Wasser gefallen. Nach dem Auslaufen dieser Rettungspakete müssen aber **schärfere Schuldenschranken und ein geordnetes Insolvenzverfahren künftige Krisen verhindern**. Vor allem müsse klar gestellt werden, dass es künftig kein „Freikaufen“ der überschuldeten EU-Staaten mehr geben werde. Das bisherige in den EU-Verträgen festgelegte Haftungsverbot (No Bail out Klausel) war von Anfang an unglaubwürdig, weshalb die Gläubiger-Banken ihre Kredite an die überschuldeten Euro-Staaten bedenkenlos geben konnten.
3. Die Politik muss **den Kapitalmärkten glaubwürdig vermitteln, dass bei einer Überschuldung eines Landes zuerst die Gläubiger die Forderungsverluste tragen müssen**, bevor Hilfen von Gemeinschaftsinstitutionen oder von anderen Mitgliedstaaten in Frage kommen.
4. Die Bundesregierung habe den beiden Rettungsschirmen nur deshalb zugestimmt, weil sie befürchten musste, **dass eine staatliche Insolvenz im Euro-Raum eine allgemeine Kapitalmarktkrise auslösen könnte**, in der es zu Bankenzusammenbrüchen und einer erneuten Finanz- und Wirtschaftskrise kommen könnte. Die Politik müsse deshalb dafür sorgen, **dass die Verluste der Gläubiger künftig keine allgemeine Finanz- und Wirtschaftskrise auslösen können**.

Unterziehen wir die Rettungsregeln der Ökonomen einer ökonomischen Überprüfung.

1.3 Warum die Rettungsregeln versagen

Zu 1., Schranken für eine öffentliche und private Schuldenaufnahme.

Die Risikoaufschläge waren vor Einführung der gemeinsamen Euro-Währung erhoben worden, weil die Währung hochverschuldeter Staaten wegen der mit den Schulden einhergehenden Inflation infolge der inländischen Geld- und Kreditvermehrung abgewertet wurde. Weil aber diese Gefahr der Abwertung durch die gemeinsame Euro-Währung wegfiel, glaubten die Banken innerhalb der Euro-Zone auf diese Risikozuschläge verzichten zu können. An die Stelle des Währungsrisikos trat jedoch – von den Banken zunächst einmal ganz unbemerkt – das Insolvenzrisiko. Und gerade dieses Insolvenzrisiko ist für Länder einer gemeinsamen Währungszone größer als für Länder mit einer gemeinsamen Währung! Dafür gibt es zwei Gründe:

- (1) infolge des unveränderten Austauschverhältnisses der Güter- und Leistungsströme (Terms of Trade) verteuern sich die importierten Waren nicht (wie bei einer Abwertung), weshalb die Nachfrager im Importüberschussland (Staat, Konsumenten und Unternehmer) ihre **Nachfrage nicht einschränken** müssen.
- (2) Das den Exportüberschussländern zufließende Geld aus den Exportüberschüssen drückt (steigende Angebotsmenge) die Zinsen im Inland, weshalb die Banken das zur Verfügung stehende Geld lieber dort anlegen, wo sie dafür eine höhere Rendite erzielen. Und das ist in den Importüberschussländern der Fall, denn die brauchen das Geld, um die unverändert hohen Importe bezahlen zu können.

Jetzt, während der Krise, mussten die Banken feststellen, dass sie bei der Kreditvergabe an Schuldner in diesen Ländern – insbesondere bei den Staatsschulden – doch noch ein Risiko hatten, das Insolvenzrisiko! Wenn also die Banken ihr Kreditrisiko wieder in den Zinssatz einkalkulieren dann müsste das die Kredite verteuern und die Nachfrage nach Krediten in den Importüberschussländern verringern – genau so wie die von den Devisenmärkten erzwungene Abwertung bei den Ländern mit eigener souveräner Währung.

Eine auf den ersten Blick überzeugende Argumentation, möchte man meinen. Sie hat allerdings einen Haken. Wie groß wird ein derartiger Risikoaufschlag sein, wenn die Kreditgeber (1) wissen, dass die Politiker jedes von Insolvenz bedrohte Euro-Land um jeden Preis – **koste es was es wolle – retten werden, weil sie den Euro nicht gefährden wollen?** Ferner wissen die Kreditgeber (2), dass sie selbst von der Politik gerettet werden müssen, wenn ihre **Verluste aus den Staatskrediten sie selbst existentiell bedrohen**, so dass ihr **Konkurs zum Risiko des gesamten Finanzsystems** wird. Der Risikozuschlag wird also nicht das Gewicht bekommen, das die vier Professoren von ihm erhoffen. Keinesfalls wird er die Dimensionen erreichen (6 Prozent und mehr), die von den gefährdeten Ländern vor ihrem Euro-Beitritt gezahlt werden mussten.

Die Nachfrage nach Importgütern wird aber vor allem deshalb nicht in dem Maß zurückgehen wie in Ländern mit eigener Währung, weil das Austauschverhältnis von Gütern und Leistungen (Terms of Trade) sich bei gleicher Währung nicht verschlechtern kann. Bei national unterschiedlichen Inflationsraten wie im Falle Griechenlands (3 Prozent) und Deutschlands (1 Prozent) wird sich das Verhältnis für das Importland sogar verbessern.

Auch muss man berücksichtigen, dass die von der Euro-Dividende begünstigten EU-Länder, die gleichzeitig Nettoempfängerländer sind, nach wie vor über die Subventionsgelder aus den EU-Kassen verfügen, mit denen sie Kredite nachfragen können.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Vorschlag der vier Professoren die Folgen des Systemfehlers „gemeinsame Währung“ zwar abmildern kann, den Fehler aber nicht beseitigen wird. Ganz abgesehen davon gibt es auch noch juristische Argumente, die in der EU eine immer gewichtigere Rolle spielen. So könnten die Kreditnehmer in den höher eingestuften Risikoländern auf die Idee kommen, sich diskriminiert zu fühlen und dagegen klagen, wenn sie höhere Zinsen zahlen müssen als die Deutschen z.B. Man kann schon heute neugierig sein, mit welchen juristischen Verrenkungen die ministerialen Spitzenjuristen einer derartigen Klage entgegentreten würden.

Zu 2., schärfere Schuldenschränken und ein geordnetes Insolvenzverfahren.

Die Professoren beschränken sich dabei auf sprachliche Allgemeinplätze, wenn sie fordern, dass es künftig kein „Freikaufen“ von überschuldeten EU-Staaten mehr geben darf“. Denn was sie da fordern, war ja unmissverständlich und eindeutig auch jetzt schon in den EU-Verträgen geregelt. Die EU-Instanzen aber haben die Verstöße nicht geahndet und

danach haben die europäischen Politiker sich über die vertragliche Bindung hinweggesetzt, als gäbe es sie nicht. Was bringt da eine nochmalige vertragliche Verpflichtung, wenn sie dann im Ernstfall genauso übergangen wird wie die bestehende?

Auch die Forderung nach einem geordneten Insolvenzverfahren ist müßig, denn es gab in der Vergangenheit schon eine Reihe staatlicher Insolvenzen (Argentinien z.B.) deren Erfahrungen auch für jedes Euro-Land hätten angewendet werden können. **Das Entscheidende** bei einem Insolvenzverfahren ist **Quote des Schuldenerlasses**, im Geschäftsleben nennt man sie Konkursquote. Es geht um die Frage, auf wie viel Prozent ihrer Forderung die Gläubiger-Banken verzichten müssen? Und diese Frage hat die Politik mit ihren beiden Rettungspaketen eindeutig beantwortet. Die Gläubiger brauchen gar keinen Verzicht leisten! Die wertlosen Staatschulden der überschuldeten Euro-Länder kauft die EZB auf, deren Eigentümer die Steuerzahler der Euro-Mitgliedsländer sind. Was danach noch übrig bleibt und von den Schuldner-Staaten nicht zurückgezahlt werden kann, das zahlen die Steuerzahler der Euro-Partnerländer ebenso. Und da hat wieder Deutschland den größten Anteil zu übernehmen, denn die Schulden werden nach der Höhe ihrer Einlagen bei der EZB verteilt und da hat Deutschland mit rund 28 Prozent den mit Abstand größten Anteil.²

Anteil an der EZB:		
	Prozent	Mrd. Euro
Deutschland	27,92	8,376
Frankreich	20,97	6,290
Italien	18,42	5,527
Spanien	12,24	3,673
Niederlande	5,88	1,764
Belgien	3,58	1,073
Österreich	2,86	0,859
Portugal	2,58	0,774
Finnland	1,85	0,555
Irland	1,64	0,491
Slowakei	1,02	0,307
Slowenien	0,48	0,145
Luxemburg	0,26	0,077
Zypern	0,20	0,061
Malta	0,09	0,028
KontrSum:	99,99	30

Zu 3., die Politik müsse glaubwürdig vermitteln, dass die Gläubiger das Ausfallrisiko tragen

Diese Forderung ist völlig wertlos, denn die Politik kann sie nicht erfüllen, so lange die EU-Protagonisten immer wieder betonen, dass ihr oberstes Ziel die europäische Integration und der Euro ihr wichtigstes Instrument ist, dieses Ziel zu verwirklichen. Bei den Banken weiß man doch nur zu genau, dass die Politik den Zusammenbruch des Systems mit allen Mitteln verhindern und die gefährdeten Banken retten muss, um selbst nicht vom Volk weggespült zu werden!

Zu 4., Verluste der Gläubiger dürfen keine Finanz- und Wirtschaftskrise auslösen

² Zahlen aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.04.2010, Seite 12.

Das ist ein frommer Wunsch der Ökonomen, aber sie selbst wissen ja nicht einmal, wie eine künftige Weltfinanz- und –Wirtschaftskrise vermieden werden kann, haben sie doch bis zum Ausbruch dieser neuerlichen Weltwirtschaftskrise im Sommer 2007 geglaubt, dass sich eine Weltwirtschaftskrise wie in den 1930iger Jahren nicht mehr wiederholen könne. Alle bisherigen Versuche, die Weltfinanzmärkte zu reformieren und die Finanzspekulation in geregelte und kontrollierte Bahnen zu lenken, sind an den politischen Interessen jener Länder gescheitert, die ihr Wachstum und Einkommen und die weltweite Ausdehnung ihres Wirtschaftsimperiums in hohem Maße diesen Finanzgeschäften verdanken. Das sind die USA und England, wie alle Welt weiß.

www.hpatzak.de

19.09.2010

In der nächsten Folge dieser Artikelserie „EU und Euro am Abgrund“ gehen wir auf die Frage ein, ob Griechenland seine Schulden jemals bezahlen kann und welche zusätzlichen Belastungen der Schuldentransfer für die Deutschen bringen wird.